

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Auslieferung bei Post monatlich RM. 3,00, durch Verleger RM. 2,50 einschließlich 11 Rpf. Postgebühr (ohne Verlagsanhang) bei halbjährlichem Versand. Einzelnummern 15 Rpf., außerhalb Sachsens 20 Rpf.

Druck u. Verlag: Leipzig & Reichardt, Dresden-N. 1, Marienstraße 38/42, Fernruf 25241. Postfachkonto 1008 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Unterpauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberverpflichtungsamt Dresden.

Exemplarpreis II. Reichs Nr. 2: 1000 Exemplare (30 mm breit) 11,5 Rpf., Nachträge nach Artikel 2. Familienanzahlungen u. Stellungsgebühren 1000 Exemplare 6 Rpf., Off.-Verkehr 20 Rpf. — Nachdruck nur mit Genehmigung des Verlegers Reichardt. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Einzigste Tageszeitung Sachsens mit Morgen- und Abendausgabe**

## Britischer Besuch in Berlin Anfang März

### Erste Fühlungnahme des Botschafters Phipps Die Abmachungen von London

**Von Alfred Rosenberg**  
Chef des Außenpolitischen Amtes der NSDAP.

Berlin, 23. Februar.

Auf Grund der deutschen Stellungnahme vom 13. Februar zu dem Londoner Kommuniqué hat gestern die erste Fühlungnahme englischerseits in Berlin stattgefunden, indem der englische Botschafter Sir Eric Phipps den Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn v. Neurath, am Nachmittag zu einer Aussprache aufgefordert hat.

Zu der Neuermeldung, daß sich Deutschland damit einverstanden erklärt hat, die Besprechungen mit England auf das ganze Gebiet der in dem Londoner Kommuniqué erwähnten Punkte auszudehnen und daß damit unmittelbare deutsch-englische Besprechungen gesichert seien, erklärt die der englischen Regierung nahestehende „Times“, die sich stets als vorzüglich unterrichtet erwies, daß der englische Staatssekretär des Aeußeren, Sir John Simon, sich nunmehr mit größter Wahrscheinlichkeit Anfang März zum Besuch der deutschen Regierung nach Berlin begeben werde. Der Zweck der Berliner Besprechungen, an denen nur zwei Regierungen beteiligt seien, könne natürlich nur eine Sonderung sein. Ein formelles Abkommen sei deshalb als unmittelbares Ergebnis des Berliner Besuchs nicht zu erwarten.

#### Die Besprechung mit Neurath

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 23. Februar.

Der Besuch des englischen Botschafters beim Reichsaußenminister zeigt, daß die von Deutschland in Vorschlag gebrachte Methode der direkten Unterhandlungen zwischen den Beteiligten doch die erfolgversprechendere gegenüber allen anderen ist. Die deutsche Anregung ging bekanntlich dahin, in einem deutsch-englischen Gedanken-austausch über die Londoner Abmachungen einzutreten. Entsprechend der deutschen Anregung ist nunmehr die erste Fühlungnahme angenommen worden, die sich naturgemäß erst auf die Wesentlichen und Vorbehalte der eigentlichen Aussprache beziehen kann. Selbstverständlich konnten bei diesem Besuch des englischen Botschafters

#### nach keine bindenden Abreden

getroffen werden. Das bemerkenswerte ist zunächst, daß die deutsche Anregung entgegen der Meinung, die in einem Teil der ausländischen Presse in den letzten Tagen zum Ausdruck gebracht wurde, auf englischer Seite doch auf fruchtbarem Boden gefallen ist. Damit gibt die englische Regierung zu erkennen, daß auch sie

#### die von Deutschland vorgeschlagene Verhandlungsmethode als die positive

empfindet. Was die sachlichen Themen für die eigentliche Aussprache angeht, so liegt all das zur Debatte, was in London zwischen England und Frankreich in den damals getroffenen Abmachungen festgelegt wurde. Entsprechend diesen Abmachungen, in denen der Vorkampf besonders hervorzuheben wurde, hat die Reichsregierung diesen Vorkampf als vorrangig in ihrer Antwort behandelt. Zum Vorkampf sind deutsche Vorschläge gemacht worden, die zur Zeit noch ausgearbeitet werden. Was den Douxuraum angeht, so sind von deutscher Seite Rückfragen gestellt worden. Die deutsche Bereitschaft zu Verhandlungen über die Rüstungsfrage ist oft genug betont worden. In den Diskussionen der ausländischen Presse spielte in den letzten Tagen eine besondere Rolle die Frage eines deutschen Wiedereintritts in den Völkerbund. Auch hier

ist der deutsche Standpunkt klar und klar. Wenn die Gründe, die Deutschland fernergest zum Verlassen des Völkerbundes nötigen, beseitigt sind, kann eine neue Prüfung dieses Problems sicher erfolgen.

#### Deutschlands Bereitschaft erleichtert die Lage

London, 23. Februar.

Der diplomatische Korrespondent von Reuters meldet: Die Besprechung zwischen britischen und deutschen Ministern wird entsprechend dem Vorschlag in der deutschen Antwort auf das englisch-französische Protokoll nunmehr eine Gewissheit. Eine Vorbesprechung auf dem Wege über die diplomatischen Kanäle in Berlin hat völlige Übereinstimmung zwischen den beiden Ländern ergeben, daß die geplanten englisch-deutschen Besprechungen sich nicht auf die Frage des Vorkampfes beschränken,

#### sondern den ganzen Umkreis der im englisch-französischen Kommuniqué aufgeworfenen Fragen umfassen sollen.

Angeht die englisch-französische Auffassung, daß ein Vorkampf nur als Teil einer allgemeinen Regelung in Kraft treten könnte, war es naturgemäß unmöglich, dem deutschen Wunsch nach direkten Verhandlungen mit Großbritannien zu entsprechen, solange nicht bekannt war, welche Gegenstände Deutschland in den Erörterungen zu behandeln wünschte. Daß die Gesamtheit der im Londoner Kommuniqué aufgeworfenen Fragen behandelt werden soll, wird viel zur Erleichterung der Lage beitragen.

#### Die Frage eines darauffolgenden Besuchs in Moskau wird noch erwogen, und eine Entscheidung hierüber ist noch nicht gefallen.

Angeht die Haltung Frankreichs und Sowjetrusslands zum Vorkampf ist es jedoch wahrscheinlich, daß ein solcher Besuch von den Franzosen begünstigt werden würde. Die Vorkampf-Frage, die gegenwärtig eine der größten Schwierigkeiten auf dem Wege einer allgemeinen europäischen Übereinkommnung zu sein scheint, ist in London noch nicht erschöpfend geprüft worden. Wie verläuft, sind die britischen Ansichten hierüber noch etwas „flüssig“.

## Goldene Worte Flandrins

### Finanzverpflichtungen aus dem Krieg sind das Hindernis der Weltgesundung

Paris, 23. Februar.

Anlässlich der Washington-Gedenkstunde des amerikanischen Klubs in Paris hielt Ministerpräsident Flandrin am Freitag eine Rede in englischer Sprache, in der er sich vor allem über die Wirtschaftskrise verbreitete. Jedes Land habe sich in seinen hauptsächlichsten Interessen bedroht gefühlt und seine eigenen Ergebnisse geschädigt. Es liege ihm fern, die Rechtmäßigkeit dieser Verteidigungsmaßnahmen anzuzweifeln. Er müsse aber feststellen, daß die bloße Tatsache einer Verlängerung dieses Zustandes dazu führe, die Wirtschaften der einzelnen Länder immer mehr voneinander zu trennen. Heute handele es sich darum,

sich von den Folgen materieller Fortschritte, die noch nicht ihr Gegengewicht in verhältnismäßigen und moralischen Fortschritten gefunden hätten, zu befreien.

Dies könne aber nur durch eine feste Zusammenarbeit

aller Völker auf wirtschaftlichem Gebiet verwirklicht werden. Amerika sei der Gläubiger der ganzen Welt. Wenn man auch verschiedentlich ganz anders darüber denke, so könne Amerika sich doch nicht von der übrigen Welt isolieren, deren Wunden es geheilt habe und mit der es solidarisch sei.

#### Geld der Hindernisse für die Wiederherstellung des Gleichgewichts im weltwirtschaftlichen Leben sei das Weiterbestehen der gefährlichen internationalen finanziellen Verpflichtungen, die aus dem Kriege hervorgegangen seien

und deren Durchführung unterbrochen worden sei, ohne daß Aussicht auf eine allgemeine Regelung bestehe. Die Erfahrung habe gelehrt, daß die internationalen Finanzfragen und der internationale Wirtschaftsaustausch eng voneinander abhängig seien. Wenn die öffentliche Meinung die Achtung vor den unterzeichneten Verpflichtungen weiterhin beibehalte, so werde man bestrebt eine Lösung finden.

Wenn wir die Gesamtheit der diplomatischen Besprechungen und den Inhalt des Londoner Kommuniqué überprüfen, so kann schließlich ganz generell betont werden, daß Deutschland selbstverständlich alles tun wird, um eine wirklich friedliche Zusammenarbeit der Völker herbeizuführen und jene Gefahrenmomente möglichst zu verringern, die dank den weit aller Vernunft widersprechenden Bestimmungen des Versailler Vertrages in Europa vorhanden sind. Deutschland kann aber irgendeine Verantwortung in allen Fragen überhaupt nur dann übernehmen, wenn es auf gleichberechtigtem Fuße mit den anderen Mächten verhandelt. Es erscheint uns wider Sinn, Deutschland große Verpflichtungen aufzubürden und gleichzeitig eine Gleichberechtigung in praktischer Weise nicht zuzugestehen. Es wird allerdings in einer Weise drängt, so dargestellt, als ob Deutschland eine absolute Gleichberechtigung schon erhalten habe. Doch liegen die Dinge vom deutschen Standpunkt aus gesehen wesentlich anders.

Wenn Deutschland schon das Zentrum der verschiedenen Verhandlungen in Rom und London gebildet hat, so ist nicht einzusehen, warum nicht sofort diese Verhandlungen gemeinsam mit den bevollmächtigten deutschen Vertretern geführt werden. Man versteht in der deutschen Öffentlichkeit nicht, warum über gleichberechtigte Großstaaten in verschiedenen politischen Zentren offiziell Verhandlungen geführt werden, ohne den unmittelbar Beteiligten zu allererst in die Verhandlungen mit einzubeziehen. Diese Tatsache hat die Beforgnis verhärtet, daß es sich auf der einen oder anderen Seite weniger darum handelt, mit Deutschland als gleichberechtigtem Faktor zu verhandeln, als vielmehr darum, eine neue geschlossene Front verschiedener Mächte um Deutschland herum zu bilden, und eine eventuelle spätere Zuspaltung Deutschlands zu den Verhandlungen nur als bereits eingetretene Tatsache zu erwidern. Wir begreifen gewiß die Schwierigkeiten aller aufrichtig gesinnten Friedensfreunde, die gegen diese verhängnisvolle Politik auftreten, aber die gekennzeichnete Tatsache muß das deutsche Volk bei allem Willen zur Verständigung zum Frieden doch veranlassen, die getroffenen Abmachungen mit großer Vorsicht anzunehmen und allseitig zu prüfen.

An der Spitze steht, wie schon oft von deutscher Seite ausgeführt, die Erwartung, daß die theoretisch versprochene Gleichberechtigung auch praktische Erfüllung findet. Als Deutschland in den Völkerbund trat, mußte es laut den Satzungen des Völkerbundes als gleichberechtigter Staat angesehen werden. In Wirklichkeit wurde aber Deutschland diese Gleichberechtigung entgegen den Satzungen verweigert. Und als Deutschland einsehen mußte, daß dieser Völkerbund nicht daran dachte, seine Satzungen zu erfüllen, da blieb ihm kein anderer Weg, als der, welchen die Selbstachtung bestimmte, nämlich diesen Völkerbund zu verlassen mit der Erklärung, daß Deutschland nie in diesen Völkerbund zurückkehren würde, es sei denn als vollkommen gleichberechtigte Macht. Solange also diese Grundbedingung für die Ehre und das Ansehen des ganzen deutschen Volkes erforderlich ist, bleiben alle anderen Unterhandlungen in dem Geiste besungen, der 14 Jahre lang leider das politische Denken erfüllte und dessen Auswirkungen nicht zugunsten der europäischen, auch nicht der anderen Völker der Welt gewesen sind.

Es scheint uns zwar begründenswert, wenn im Londoner Kommuniqué der Teil V des Versailler Vertrages aufgehoben wird. Zugleich ist aber mit einer Spitze gegen Deutschland darin zu lesen, daß man nicht einseitig die militärischen Bestimmungen ändern dürfe. Darauf kann Deutschland nur erwidern, daß die Durchführung der deutschen Entlassung, ausdrücklich und von allen Staaten anerkannt, als der Anfang einer allgemeinen Abrüstung anzusehen war. An Stelle dieser Abrüstung haben aber fast alle Staaten ungeheuerlich aufgerüstet und dadurch fortlaufend zu ihren Gunsten, während Deutschland vollkommen entwaffnet blieb, den Teil V des Versailler Vertrages einseitig geändert! Selbst Marshall Foch hat einmal festgelegt, daß Deutschland vollkommen entwaffnet sei. Entgegen dieser autoritativen Festlegung hat die übrige Welt zwar die Entlassung Deutschlands hingenommen, sich selbst aber nicht an die von den eigenen Staatsmännern festgelegten Bestimmungen gehalten. Es ist völkerrechtlich nicht möglich, irgendeinem Staate, der in Bedrängnis gegenüber den hochgerüsteten anderen Völkern steht, und der vielleicht danach streben sollte, seine Verteidigung auszubauen, irgendeine Verletzung des Völkerrechts zuzuschreiben. Angesichts oben geschilderter Tatsache geht es aber auch nicht an, diesen gleichberechtigten Ver-